

Editorial

Liebe LeserInnen,
wir schauen wieder mit Infos & Terminen in den Stadtteil und über den Tellerrand. Wie immer hoffen wir, daß Sie etwas zum Nachdenken anregt oder motiviert, Ihr Schicksal selbstbestimmt zu gestalten. Wir fordern KünstlerInnen herzlich auf, unseren Raum für ihre Ausstellungen zu nutzen! Wir sind die kleinste Galerie in Friedrichshain mit ca. 3000 Sichtkontakten im Jahr. Über ein kleines kulturelles Eröffnungsprogramm freuen wir uns. Gerne

dürfen die Ausstellungen auch politisch motiviert sein. Alles fügt sich in ein buntes Allerlei der vergangenen Jahre.

Auch für Lesungen sind wir offen und organisieren gerne gemeinsam einen schönen Abend.

Wer Kurse/ workshops anbieten möchte, kann auch gerne nachfragen. Außerhalb der festen Öffnungszeiten stellen wir den Raum gern für unkommerzielle und spannende Zwecke zur Verfügung.

die redaktion

Verlängert „Laufen gehen“ wirklich das Leben? Ja, aber...

Eine wissenschaftliche Studie hat ergeben, daß eine Stunde laufen am Tag, das Leben um zwei Jahre verlängern kann. Allerdings investiert dann man ca. vier Jahre in das Laufen! Nach Adam Riese fehlen dann zwei Jahre, in denen man anderes als Laufen hätte tun können.

Prügelstrafe - ohne Worte -

In Deutschland wurde die Prügelstrafe in Schulen bereits im Jahr 1949 abgeschafft. Aber nicht überall. Bayern, wen wundert's, bildete eine Ausnahme. Man glaubt es kaum, aber bis zum Jahr 1980 durfte man in Bayern in Schulen ganz offiziell geprügelt werden!

Grüner Mietenkongreß am 13.03.10 im Wedding

Themen sind u. a.: Bauen/ Planen/ Wohnen, FairMieten, Gentrification, Land/ Kommune/ Politik, Öko & Wohnen, Quartier als Gestaltungsraum, Genossenschaftsverfall, Energieitische Modernisierung und GSW an die Börse (Umfrage!)?

Alle Infos (und Umfrage) auf:

<http://mietenkongress.gruene-berlin.de/>

Bündnis 90/Die Grünen

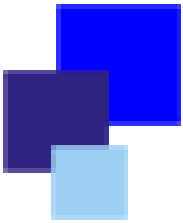
Landesverband Berlin

Kommandantenstraße 80, 10117 Berlin

(Unsere Forderungen auf S. 16!)

Mieterladen-Info / Termine	S. 2/3
Initiative gegen Rechts...	S. 4/5
Vattenfall, RWE.... stoppen!	S. 6
Politik & Kultur	S. 7
Datenschutz-Selbstverteidigung	S. 8/9
Jäger 90 - Eurofighter	S. 10

Karwanefestival / Roter Faden	S. 11
Das Register: Tuneup Berlin	S. 12
HundeDoc am Wismarplatz	S. 13
Schokoladen / Unwort	S. 14
Vermischtes	S. 15
Forderungen für Mietenkongreß	S. 16



UBI KLIZ EV

UNABHÄNGIGE BÜRGERINITIATIVE KOMMUNIKATIVES LEBEN IN ZUSAMMENARBEIT E. V.
GEMEINNÜTZIG AUF FOLGENDEN GEBIETEN (IM SINNE DER FÖRDERUNG VON):
VERBRAUCHERSCHUTZ UND -BERATUNG, KULTUR, VOLKSBILDUNG, VÖLKERVERSTÄNDIGUNG

Büro-Öffnungszeiten

Do 16 - 19 Uhr, Di + Fr 08 - 12 Uhr

Mieterberatung & Information

Mo 18 - 20 / Do 19 - 20 Uhr offene Beratung
(Anwälte nur für Mitglieder der BMG eV)

ALG I + II & Rentenberatung

(Anwältin vom Arbeitslosenverband)
jeden 3. Mittwoch im Monat 19 - 20 Uhr
Bitte melden Sie sich telefonisch an!

Register Friedrichshain

Do 16-20 Uhr

Initiative gegen Rechts F'hain

jeden 1. Die / Monat um 19 Uhr

Aktiv im Kiez - Der Kiezpool

nach telefonischer Vereinbarung

Berl. Bündnis Mumia Abu-Jamal

Di 20 Uhr alle 14 Tage

Keiner muß allein zum Amt

Arbeitsfrühstück für BegleiterInnen
Sa 11 Uhr (jeden letzten im Monat)

Weitere Hinweise finden Sie auf unserer Website oder fragen Sie vor Ort.

Wir bitten alle Ratsuchenden, die thematischen Öffnungszeiten einzuhalten! Nur dann sind die Fachleute vor Ort, um bestmögliche Unterstützung geben zu können.

Bei uns möglich:

drucken, kopieren, faxen, laminieren, Internet nutzen, Parties feiern und ausleihen von: Bierzeltgarnitur, Beamer, Flipchart (zum Selbstkostenpreis oder sogar kostenlos)

Berliner MieterGemeinschaft

Möckernstraße 92, 10963 Berlin, Tel.: 216 80 01

Wir sind Kooperationspartner von Berlins preisgünstigem und alternativem Mieterverein: Berliner MieterGemeinschaft.

Umfassende Infos finden Sie unter: www.bmgev.de.



IMPRESSUM

Das Bänsch-Echo ist eine monatlich erscheinende, unabhängige Stadtteilzeitung, die gerne über den Tellerrand nach Deutschland und in die Welt schaut. Der Fokus liegt auf: Bürgerbeteiligung, Gentrifizierung, Antidiskriminierung und Vorstellung von aktiven Gruppen, Vereinen und Einzelpersonen. Die Mitmach-Zeitung hat eine offene Redaktion und erscheint auch im Internet.

Namentliche Beiträge müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

Herausgeber:

UBI KLIZ e. V. / Mieterladen
Kreutzigerstraße 23, 10247 Berlin
Tel. / Fax: 030 - 74 07 88 31

www.ubi-mieterladen.de / mieterladen@gmx.de

V.i.S.d.P.: Heike Weingarten

Redaktionsschluß: 3. Donnerstag des Vormonats

GLS Gemeinschaftsbank e. G.
Konto: 12 637 500, BLZ: 430 609 67
Spenden sind steuerlich absetzbar

Finanzierung 02 - 12 / 2010: Bezirksvorstand Die Linke Friedrichshain-Kreuberg

Buchvorstellung & Filme gegen Rechts mit der IGR 02. März 2010 / 21 Uhr Mieterladen Kreuzzigerstr. 23

Buchvorstellung mit Jesko Wrede:

Wer trägt die schwarze Fahne dort...

Völkische und neurechte Gruppen im Fahrwasser der Bündischen Jugend heute. Bereits im Mai 2009 erschien bei der „Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt“ aus Braunschweig die rund 200 Seiten starke Broschüre. Bereits kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gründeten sich eine Reihe völkischer und nationalistischer Jugendorganisationen. Während viele kleine Gruppierungen die Zeit nicht überdauert haben, bestehen andere bis heute fort...

**Gemeinsam für einen
bunten, toleranten & angstfreien Stadtteil!**

kurze Filmbeiträge:

NAZ AB! (Folge 1 - 4)

Die Satire-Sendung mit Radikarl-Heinz Hetzer und Gisela Storch (Die Zeit online)

Top Ten Spots gegen Rechts!

Kreativwettbewerb gegen Rechtsextremismus an Schulen im Rahmen der Kampagne Wölfe im Schafspelz (aus dem Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes, Stuttgart)

Kein Bock auf Nazis Reloaded!

Fettes Brot, Die Toten Hosen, Die Ärzte, Muff Potter, Wir Sind Helden, Donots, Markus Kavka, ZSK, Madsen, Julia Hummer, Culcha Candela

(www.KeinBockAufNazis.de)

Gigis kleines Winterfazit

Die "young generation" weiß nun, warum die 4. Jahreszeit Winter heißt, denn wir hatten endlich mal wieder einen!

Kennen die älteren Semester den noch? Treffen sich zwei Schneeflocken. Fragt die eine: "Wo willst Du hin?" "In die DDR, Chaos verbreiten!" Chaos hatten wir jetzt wirklich, denn der Winter kam "plötzlich und überraschend" in Deutschland an.

Die BSR brillierte mit: So plötzlich - da können nur die Hauptstraßen geräumt werden... Völlig offen blieb, warum in den Folgewochen die Seitenstraßen nicht geräumt wurden. Könnte ein Grund der jahrelange Arbeitsplatzabbau sein? Spekulation macht Spaß und trifft oft ins Schwarze...

Fragwürdig ist, warum gegen Eigentümer eine mediale Hetze geführt wurde, die ihre Gewehge nicht räumten, was zugegeben gefährlich war... Niemand, und schon gar nicht das Ordnungsamt, stellten jedoch die Frage, warum Bus- und Tramhaltestellen nicht beräumt wurden! Lustig war, wenn ein

Räumfahrzeug den Gehweg freiräumte und den Schnee Richtung Straße schoß, natürlich ohne dabei die Haltestellen auszusparen... Es ist schon ein komisches Gefühl, vom Schneeberg nach unten in den Bus zu rutschen! Für Rollstuhlfahrer, Menschen mit Krücken, Alte war das nicht komisch, sondern lebensgefährlich...

Das könnte jetzt noch eine Weile so weiter gehen, mir fallen noch viele Dinge ein. Fragen, Fragen - keine Antworten... Aber damit ist jetzt hoffentlich Schluß, denn der Frühling steht vor der Tür. Bleibt abzuwarten, ob der nächste Winter auch wieder plötzlich und überraschend kommt :)



Rechtsextremismus ist kein Kavaliersdelikt, sondern menschenfeindlich!

www.initiative-gegen-rechts.de / www.register-friedrichshain.de



Offenes Treffen
jeden 1. Di/ Monat
19 Uhr
Mieterladen
Kreuzigerstr. 23

Ini - Treffen am 02.03.10

Wir besprechen aktuelle Themen und konkretisieren die Jahresplanung 2010.

Es gibt bereits ein Arbeitspapier zur Weiterentwicklung der Aktion „Servicewüste für Nazis und Rassisten“. Dies wurde dem Bezirksamt und ausgewählten Gewerbetreibenden zur Kenntnis gegeben und soll nun nochmals besprochen werden.

Natürlich werden auch Themen wie Biermeile, 1. Mai und weitere Aktionen angesprochen.

Gäste, die sich informieren oder aktiv einbringen wollen, sind herzlich willkommen.

Vorstellung bei der SPD

Zur Kreisdelegiertenversammlung am 06.03.10 wird sich der Lokale Aktionsplan für Vielfalt und Toleranz des Bezirkes (LAP) u. a. mit dem Projekt Register Friedrichshain vorstellen. Wir wollen über die Projektarbeit informieren und für die Unterstützung über den Förderzeitraum hinaus (12/2010) werben.

Die Veranstaltenden behalten sich vor, vom Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige Menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, Zutritt zu verwehren oder von der Veranstaltung auszuschließen.

Die IGR arbeitet zivilcouragiert mit allen rechtlich zur Verfügung stehenden Mitteln und distanziert sich von Gewaltaktionen jeglicher Art!

Biermeile 2010

Anwohnergespräch vom 27.10.09:

Podium: Dr. Peter Beckers (Stadtrat für Wirtschaft, Bürgerdienste und Ordnungsamt), Knut Mildner-Spindler (Stadtrat für Gesundheit, Soziales und Beschäftigung), Sabine Kritter (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin), Dennis Knychalla / Heike Weingarten (IGR). Anwesend waren ca. 30 Anwohner.

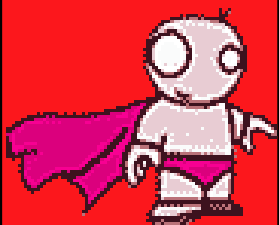
Fazit:

- Biermeilenbesucher für Zivilcourage sensibilisieren
- Beschwerden ans Ordnungsamt wird nachgegangen
- wo rechtlich zulässig, werden Verpflichtungen für den Veranstalter im Vertrag eingebracht. Andererseits. Der Veranstalter ist grundsätzlich offen für Vorschläge.
- Intensivierung der Zusammenarbeit Veranstalter / Bezirk / Polizei / IGR / Anwohner
- Einbeziehung der Anwohner in die Planung der Biermeile 2010

Folge-Gespräch 17.03.10:

Stadtrat Knut Mildner-Spindler lädt zu einem Vorbereitungsgespräch der Biermeile 2010 Anwohner, die IGR, den Veranstalter und Stadtrat Dr. Peter Beckers ein. Über die Ergebnisse werden wir berichten.

Offenes
AntifaCafe



jeden 3. Donnerstag
im Monat
19 Uhr
im Vetomat
Scharnweberstr. 35
mit Vokü und Infos
www.antifa-fh.de.vu

Erneuter Angriff auf Naturfreundejugend Berlin

Unser Büro wurde in der Nacht zum 25.01.10 wieder Ziel eines Angriffs. Wir vermuten einen weiteren Einschüchterungsversuch von Rechtsextremen. Anfang 2008 bekannten sich Rechtsextreme zu einer Anschlagsserie. Sie beschädigten Bürofenster mit Pflastersteinen, zerstörten die Frontscheibe eines Autos, welches sie auch besprühten. Hinterlassen wurde ein Zettel mit der Aufforderung „UMZUG!“ und wir erhielten eine Drohmail mit explizit rechtsextremem Inhalt.

Außerdem wurden Ende Januar weitere linke Initiativen Ziel von Angriffen. Neonazis schlugen die Schaufensterscheiben der Chile-Freundschaftsgesellschaft „Salvador Allende“ e.V. in Neukölln ein und verklebten zahlreiche NPD-Zettel, die an den Jahrestag des Selbstmordes des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß erinnern. Auch wurden am in der Galerie Olga Benario (Neukölln), die Scheiben der Eingangstür beschädigt.

Es ist nicht das 1. Mal, daß sich Neonazis zusammen tun, um linke Initiativen einzuschüchtern. Doch wir werden unsere Arbeit unvermindert fortsetzen! Wir solidarisieren uns mit „Salvador Allende“ e.V., der Galerie Olga Benario und allen Projekten, die Opfer von rechtsextremen Angriffen werden!

Wir sind ein parteiunabhängiger Verband, der sich vielfältig in der Kinder-/ Jugendarbeit politisch gegen Unterdrückungs- und Herrschaftsverhältnisse wie Rassismus, Nationalismus, Sexismus und Antisemitismus engagiert.

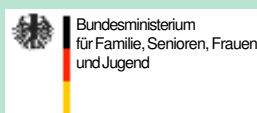
**Kein Kiez, keine Straße,
keine Stadt den Nazis!**

*Naturfreundejugend LV Berlin
Gryphiusstr. 23, 10245 Berlin
www.naturfreundejugend-berlin.de*



Register Friedrichshain

Das Register erfaßt Ereignisse mit rassistischem, rechtsextremem, antisemitischem oder homophobem Hintergrund im Bezirk, die von Anlaufstellen und BürgerInnen gemeldet werden. Es ergänzt behördliche Statistiken, weil es Ereignisse einbezieht, die nicht zur Anzeige gebracht wurden oder keine strafrechtliche Relevanz besitzen (Pöbeleien, Schmierereien, Drohungen, Beobachtungen, die im Alltag gemacht werden, ob in der Schule, im Supermarkt, im Bus, am Arbeitsplatz oder am Stammtisch). Anlaufstellen im Bezirk nehmen diskriminierende Beobachtungen und Erfahrungen auf. Dort gibt es auch Informationen zu Vernetzungsmöglichkeiten mit demokratischen Akteuren aus dem Bezirk und Informationen über weiterführende Beratungsangebote. Die gemeldeten Vorfälle werden anonym veröffentlicht und ausgewertet. Ziel ist eine Informations-/ Handlungsgrundlage zu schaffen und AnwohnerInnen für die Problematik der Diskriminierung im Alltag zu sensibilisieren. Finanziert wird das Register über das Bundesprogramm "Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus". Aus diesem Programm wird ein lokaler Aktionsplan (LAP) für Friedrichshain-Kreuzberg finanziert. Das Register ist seit März 2009 ein Projekt des Aktionsplanes. Trägerverein ist UBI KLIZ in direkter Zusammenarbeit mit der IGR. Das Registerbüro in der Kreuzzigerstr. 23 ist jeden Donnerstag 16-20 Uhr geöffnet.



Vattenfall, RWE und Bundesregierung stoppen!

Die Bundesregierung und die Stromkonzerne VATTENFALL und RWE planen die unterirdische Endlagerung und Verpressung von Milliarden Tonnen CO₂ in einer nie da gewesenen Größenordnung unter fast ganz Deutschland. Damit will sich Vattenfall weiter die kostenlosen Schürfrechte von Braunkohle für die nächsten 40 - 60 Jahre in der Lausitz sichern. Eine neue Technologie namens CCS soll suggerieren, daß Kohlekraftwerke auf wundersame Weise „sauber“ werden. Deren Idee ist, das CO₂ vor den Schornsteinen aufzufangen und unterirdisch zu entsorgen. In Ost-Brandenburg soll dieser Wahnsinn getestet werden. Wird die Injektion des CO₂ und dauerhafte Endlagerung für sicher erklärt, wird Deutschland das CO₂-Klo Europas. Die dafür fließenden Milliardeninvestitionen - auch aus unseren Steuergeldern - begründen, daß dieses Geschäft nicht mehr aufzuhalten ist. Die Glaubwürdigkeit von Sicherheitsgarantien, wie beim Endlager Asse, dem AKW Krümmel oder dem Tagebau-see Nachterstedt... sind längst verspielt.

- CCS Technologie ist nicht erforscht, hat keine nachweisbaren Erkenntnisse und kommt viel zu spät.
- CCS vergeudet Energie - 40% Mehraufwand an Energie für Abspaltung und Verpressung - also CO₂-Produktion wird nicht vermieden, sondern erhöht.
- CCS ist teuer - die Kosten tragen wir (Endverbraucher und Steuerzahler).
- CCS birgt Haftungsrisiken: Nur 30 Jahre wollen die Stromkonzerne haften. Darüber hinaus haftet der Steuerzahler. Die Haftung eines Gaus jedoch nützt niemanden.
- CO₂ ist gefährlich - 0,4 % sind lebensnotwendig, ab 8% in der Luft lebensgefährlich, schwerer als Luft, geruchlos und unsichtbar.

Die Rechnung bezahlen nachfolgende Generationen, nicht die, die jetzt daran verdienen. Unser Klima braucht echten Schutz, Kohlekraftwerke mit riskanter CO₂-Endlagerung sind keine Lösung! Es gilt CO₂ zu vermeiden, nicht zu versenken! Laßt uns nicht in die „VATTENFALLE“ tappen! Laßt nicht zu, daß Politiker über die Köpfe der Menschen hinweg entscheiden! Unsere Zukunft geht uns alle an! Kein Gesetz darf über dem Grundgesetz stehen! Volksentscheide müssen her!

mehr Infos unter:

www.co2bombe.de

www.co2-endlager-stoppen.de

www.kein-co2-endlager.de

http://www.vattenfall.de/www/vf/vf_de/225583xberx/228407klima/228587co2-f/index.jsp

Ich teile dies als Bewohnerin des betroffenen Gebietes mit, mit der Bitte um Veröffentlichung / Hilfe, daß auch BerlinerInnen sich gegen dieses Projekt engagieren. Grade weil das Lager in einem Umkreis von 100 km liegen soll, was bedeutet daß auch Berlin in großem Teil betroffen ist. Ein Austritt von CO₂ aus dem unterirdischen Lager würde der sichere Tod für alles Leben in dieser Region bedeuten. CO₂ ist schwerer als Luft und würde sich nur auf dem Boden in alle Richtungen verteilen. Somit ist nicht nur das Naturschutzgebiet Oderbruch bedroht, sondern auch alle weitläufigen Bewohner.

Wir brauchen mehr Proteste, mehr mediale Aufmerksamkeit und Leute die sich was trauen.

Wir brauchen Hilfe! Bitte helfen Sie uns!

Julia P.



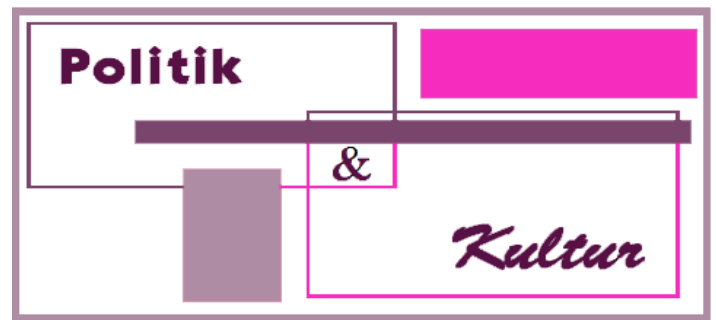
Radikal mit Kind?!

In der Linken Szene existiert zu wenig Bewußtsein für die Bedürfnisse von Menschen mit Kindern bzw. von Kindern selbst. Wir wollen uns mit politisch aktiven Eltern und Interessierten an einem Eltern/Kindernachmittag zu einem Erfahrungsaustausch treffen, um unserer Bedürfnisse und Ziele zu diskutieren. Gleichzeitig sollen die Kids mit unserer Hilfe ihren eigenen Erlebnismittag gestalten. Das Treffen findet einmal im Monat im Stadteilladen Zielona Gora statt. Fragt einfach nach, wenn Ihr polistisch aktiv seid und Interesse habt.

Spruch des Monats

Wem bewußt ist, daß er im Atomzeitalter lebt und sich dem Militärdienstzwang trotzdem nicht widersetzt - wer gedankenlos in die Kasernen tritt, obwohl er den Kriegsdienst verweigern kann - den kann ich nicht einmal mehr bedauern. Er hat nur durch einen Irrtum sein Großhirn bekommen, das Rückenmark hätte ihm vollkommen genügt!

Albert Einstein



Pflanzen- / Räucherheilkunde

Das nächste Räucherseminar findet dann am 18.03.2010 statt.

www.kristin-peters.de/papaver.Seminar.13.php

Die nächste Phytotherapieausbildung, für alle die Pflanzenheilkunde anwenden möchten, startet am 27.04.2010 und dauert bis 13.07.2010, immer Dienstag 18.30 - 21:00 Uhr.

Anmeldungen sind ab sofort möglich.

www.kristin-peters.de/papaver.Phytotherapieausbildung.25.php

Ich freue mich wie immer auf Anregungen und über Produktnachfragen.

Ihre Kristin Peters

Papaver

Pflanzenheilkunde

Räucherheilkunde

Heilrituale

Dr. Kristin Peters

Tel: 030/ 53 21 99 89

post@kristin-peters.de

www.kristin-peters.de

www.STUDIOANSAGE.de

RADIO

97.2 UKW 92.6 KABEL



FHAIN

DO 20-21 UHR & FR 19-20 UHR

Friedrichshain Radio - Aktiv!

Radio Stralau
Internet www.stralau.de

Bürger
senden
für Bürger
ab
19.00 Uhr



Datenschutz gerät weiter in den Fokus der Öffentlichkeit **„Wir müssen zur Selbstverteidigung übergehen“**

Auslöser der aktuellen Datenschutzdiskussion war ein 2009 jeden Rahmen sprengender Datenhandel, der sogar einen Datenschutzgipfel, einberufen durch die Regierung, auslöste. Ein umfassendes politisches Reformkonzept wurde jetzt von der neuen Regierung angekündigt, auch zum Arbeitnehmerdatenschutz, der nach den Spitzelaffären bei Bahn und Telekom die Öffentlichkeit beschäftigte.

Gastkommentar (gekürzt) von Gerhart Baum, anlässlich der Verleihung des Theodor-Heuss-Preises an ihn 2008:

Seit dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG), das ein Grundrecht auf Datenschutz, die sog. informationelle Selbstbestimmung 1983 festlegte, wurde Datenschutz eher abgebaut. Schon das Nichtstun führte angesichts der explosionsartigen Entwicklung der Kommunikationstechnologie zum Abbau. Auch ging der Staat mit schlechtem Beispiel voran durch zahlreiche Sicherheitsgesetze/ Sicherheitsmaßnahmen, die in 14 Fällen vom BVerfG aufgehoben/ eingeschränkt wurden. Fakt ist: Die Sicherheitsbehörden sammeln immer mehr Daten unverdächtigter Bürger. Sie beschränken sich nicht auf eigene Datensammlungen, sondern greifen auf große Datendepots Privater zu. Jede neue große Datenbank, wie z. B. die im letzten Jahr eingeführte Arbeitnehmerdatenbank ELENA, trägt die Dynamik eines Datenschutzabbaus in sich, weil sie Zugriffsbegehrlichkeiten weckt. Jede neue technische Maßnahme, wie z. B. der Körperscanner, wird ohne große Überlegung als Sicherheitsgewinn in Betracht gezogen, obwohl gar nicht abzusehen ist, wie die offenen Fragen beantwortet werden können. Es ist vorauszusehen: Wir werden hier erneut über den Tisch gezogen.

Blickt man auf das gesamte Problemfeld (staatliche /private Datenverarbeitung), ist die Lage brisant wie nie. In seiner Rede zur Theodor-Heuss-Preisverleihung faßte Spiros Simitis, ein Datenschutzpionier unseres Landes, die Situation zusammen:

„Nahezu jede personenbezogene Angabe wird heute gesammelt und gespeichert. Früher für selbstverständlich gehaltene Speichergrenzen sind endgültig entfallen. Die Verarbeitungstechnologie schafft alle Voraussetzungen für multifunktionale Verwendung und systematische Vernetzung der Datenbestände. Auch die Trennung öffentlicher und privater Datenbanken schwindet dahin.“

Frank Rieger, Sprecher des Chaos Computer Clubs, spricht in seinem Gutachten zur Vorratsdatenspeicherung von der Gefahr, daß wir zu „digitalen Schattenrissen“ werden, also umfassende „digitale Menschenprofile“ die Zukunft sein werden - der Mensch wäre also nur noch „ein Bündel von Merkmalen und Kategorien“. Er ist aber mehr als die Summe seiner Daten. Daß man dies betonen muß, zeigt wohin wir bereits geraten sind.

Es reicht nicht mehr, den einzelnen auf seine Datenherrschaft zu verweisen also, auf sein Selbstbestimmungsrecht. Er hat es in vielen Fällen überhaupt nicht, denn er weiß nicht, welche Spuren er hinterläßt und was mit diesen geschieht.

Verfassungshüter waren bisher meist Datenschutzbeauftragte, deren Ansehen und Bedeutung wuchs. Vor allem aber hat das BVerfG, auch und vor allem mit dem wegweisenden Urteil in 2008 zur Computerdurchsuchung / Computerüberwachung, Maßstäbe gesetzt. Ein neues Grundrecht wurde formuliert. Das Gericht ist im Computerzeitalter angekommen.

Alles in Allem ist es ein Armutszeugnis für die Politik, daß neue Schutzstrategien, wie sie seit Jahren in vielen Expertisen und in Berichten der Datenschutzbeauftragten vorliegen, nicht zu gesetzlichen Rahmenbedingungen führten. Inzwischen gibt es im staatlichen und privaten Bereich perfekte, ineinandergreifende Überwachungsinfrastrukturen. Die Reformvorschläge liegen also auf dem Tisch. Es geht um die Gewährleistung des Datenschutzes durch technische Gestaltungs-/ Verarbeitungsregeln, neue Kontrollverfahren, Stärkung der Datenschutzbeauftragten, um nur einiges zu nennen. Hoffentlich gelingt es, kurz-sichtigen Interessen von Wirtschaftsgruppen zu widerstehen, die an Datenverarbeitung interessiert sind. Die Gesetzesnovellen von 2009 sind durch letztere leider entschärft worden.

Datenschutz, so haben wir es schon in den 70er Jahren gesehen, als ich im Bundesinnenministerium für das erste Bundesdatenschutzgesetz verantwortlich war, ist ein Freiheitsthema. Es bleibt dahingestellt, ob dieses durch die Aufnahme des Datenschutzes in das Grundgesetz gestärkt werden könnte. Besser als in den Urteilen von Karlsruhe zum Datenschutz, meine ich, kann Datenschutz nicht definiert werden. Gefragt ist vor allem verantwortliches Handeln der Politiker in der täglichen politischen Arbeit.

Die unkontrollierte Verwendung personenbezogener Daten tangiert und gefährdet den demokratischen Charakter unserer Gesellschaft. Deshalb darf nicht länger gezögert werden, eine umfassende Reform des Datenschutzrechts in die Wege zu leiten. Sehr schwierig wird es sein, Datenschutz international zu koordinieren. Wir leben in den Zeiten der Globalisierung nicht auf einer Insel. Der Ausverkauf von europäischen Finanzdaten an die USA (Swift), zeigt, welchem Druck wir ausgesetzt sind -

aber auch, daß wir ihm nicht widerstehen, obwohl eigene Sicherheitsbehörden diese Daten als irrelevant bezeichnet haben. In der Europäischen Gemeinschaft gibt es erhebliche Datenschutzdefizite und gefährliche Pläne, den Datenschutz aufzuweichen. Aus allem gibt es für uns nur eine Schlußfolgerung: Wir sollten für unsere Grundrechte, die einen strikten Bezug zum Prinzip der Menschenwürde haben, international kämpfen...

Wir müssen zur Selbstverteidigung übergehen - auch durch Datensparsamkeit und Datenaskese.

Alles in Allem: Ich plädiere seit langem für eine Bürgerbewegung zum Schutze der durch Art. 1 des Grundgesetzes geschützten Privatheit. Ich plädiere für eine Datenschutzbewegung nach dem Vorbild der erfolgreichen Umweltbewegung. In der letzten Zeit zeigte sich, daß zahlreiche, vor allem auch jüngere Menschen, sich gegen Elemente des Überwachungsstaates und der Überwachungsgesellschaft wenden. Diese Chance sollte genutzt werden.

*Der Autor Gerhart Baum:
Politiker, Rechtsanwalt, 1978-1982 Bundesminister des Innern, mehrere erfolgreiche Verfassungsbeschwerden (u. a. gegen den Großen Lauschangriff, das Luftsicherheitsgesetz, die Online-Durchsuchung und die Vorratst Datenspeicherung), Buch „Rettet die Grundrechte“*

Der gesamte Gastkommentar auf:
www.foebud.org/datenschutz-buergerrechte/stand-der-datenschutzdiskussion
und dann auf Aktuelles vom 21.01.10!

FoeBuD e.V.

Marktstr. 18, 33602 Bielefeld
www.foebud.org / mail@foebud.org

Auffrischung zum Jäger 90 / Eurofighter

BUNDESRECHNUNGSHOF: Kosten für den Eurofighter explodieren

Magazin Focus 03.07.2000 (*gekürzt*)

Die Beschaffung des Jagdflugzeugs Eurofighter 2000 für die Bundeswehr wird rund sechs Mrd. DM teurer als erwartet. Das geht aus einem Bericht des Bundesrechnungshofs an den Haushaltsausschuß des Bundestags hervor. Nach bisheriger Planung sollte der Eurofighter 23 Mrd. DM kosten. Ursache dafür sind so genannte „Preisvorbehaltsklauseln“ in den Verträgen des Verteidigungsministeriums mit der Rüstungsindustrie. Damit können Wehrfirmen die Festpreise für langfristige Rüstungsvorhaben nachträglich aufstocken.

Kritisch merken die Prüfer an, daß die von der Wehrindustrie kalkulierten Preissteigerungen seit Jahren deutlich höher ausfallen als im Zivilbereich. Allein für die Beschaffung der 60 Mrd. Mark teuren „fliegenden Waffensysteme“ in den kommenden 15 Jahren drohen dem deutschen Steuerzahler Mehrausgaben in Höhe von 15 Mrd. Mark.

(www.focus.de/magazin/archiv/bundesrechnungshof-kosten-fuer-den-eurofighter-explodieren_aid_186011.html)

Preis für „Eurofighter“

steigt um 616 Millionen Euro

ngo-online 25.09.2007 (*gekürzt*)

Das bisher größte deutsche Rüstungsprojekt wird offenbar viel teurer als bislang angekündigt. Der Gesamtpreis für das sogenannte Grundsystem „Eurofighter“ wird im Entwurf für den Haushalt 2008 um 616 Mio Euro höher veranschlagt als zuvor (Mehrwertsteuererhöhung und Anpassung Material-/ Lohnkosten). Es handele sich um eine Preisfortschreibung (nicht Preissteigerung), so ein Ministeriumssprecher.

Deutschland hat 180 „Eurofighter“ bestellt. Laut „Welt am Sonntag“ befinden sich 44

Flugzeuge seit 2004 in der Einführung bei der Luftwaffe. Die letzte Tranche solle frühestens 2012 ausgeliefert werden.

Bei der Beschaffung des Waffensystems wurde dem Zeitungsbericht zufolge 1997 eine Kostenobergrenze von 11 Mrd. Euro festgelegt. Um Preissteigerungen bei Materialien und Erhöhung von Löhnen vorzubeugen, habe die deutsche Industrie eine sogenannte Preisgleitfortschreibung vereinbart. Als Preisfortschreibung für das Jahr 2007 wurden ursprünglich 310 Mio Euro festgeschrieben.

(www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php?Nr=16654)

Blindflug im Eurofighter

Spiegel online 06.06.2009 (*gekürzt*)

Die Luftwaffe hat erhebliche Schwierigkeiten. Die vier jüngsten Kampffjets leiden unter einer gefährlichen elektronischen Makke: Mitten im Flug fallen bisweilen die Computer-Bildschirme aus. Ohne diese sind die Kampffjets kaum zu fliegen. Die Piloten lesen darauf wichtige Daten wie Kurs, Höhe oder Geschwindigkeit ab. Unerfahrene Piloten, wären kaum in der Lage, die Jets heil zur Heimatbasis bei Rostock zurückzuflogen - ohne Instrumente, nur nach Gefühl und auf Sicht. Trotzdem will die Luftwaffe kein Startverbot verhängen. Sie hofft, die Probleme mit einer Aktualisierung der Software zu beheben. Dazu müssen die etwa 85 Mio. Euro teuren Flieger für längere Zeit zurück ins Werk.

Deutschland, Großbritannien, Spanien und Italien haben den Fighter seit 1988 gemeinsam entwickelt. Er ist ein einsitziges, wendiges Kampfflugzeug. 2003 erhielt die Bundesluftwaffe die ersten von insgesamt 180 Maschinen, die die veralteten F-4 Phantom und MiG-29 ersetzen.

(www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,628926,00.html)

KARAWANE

Für die Rechte der
Flüchtlinge und
MigrantInnen



Das KARAWANE 04.-06.06.2010 in Jena

Festival in Gedenken an all die Opfer der Festung Europa

Für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen in Europa / Afrika ist nicht weit von uns - Vereinigt gegen koloniales Unrecht / Rettet Leben: Widerstand gegen die Brutalität und Tod der Flüchtlinge und MigrantInnen durch die EU - Frontex und die barbarische Politik der Festung Europa.

Eine politische „Begräbnisfeier“ in Gedenken an all die Flüchtlinge und MigrantInnen gestorben in Mittelmeer und an den Außengrenzen Europas, in Gedenken an all die durch die Polizei und die Politik der Festung Europa Verfolgten, Kriminalisierten, Abgeschobenen und Mißhandelten: Die Opfer der nationalen und internationalen Ungerechtigkeit in Deutschland und innerhalb der Festung Europa.

Wir dulden es nicht, daß die Opfer sterben und keine Spuren hinterlassen. In Erinnerung an all die Greuel, die unsere Familien ertragen und im Bewußtsein dessen, daß noch mehr sterben werden, werden

wir während des Festivals in Jena für all die Opfer von Frontex und der barbarischen Politik der Festung Europa ein „Denkmal“ enthüllen.

Während des Festivals wird es Blocks afrikanischer Maskeradentänze und Musikparaden geben. Afrikanische Maskentanz sind weissagende Künste und Vorführungen zu bestimmten traditionellen Festivitäten. In West- und Zentralafrika werden sie auch gefeiert um Schutz und Solidarität in Katastrophenzeiten zu demonstrieren.

Stoppt das Töten und die Verfolgung von Flüchtlingen und MigrantInnen in Deutschland und Europa. „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört“ - die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen in Deutschland.

Aufruf auf: www.thevoiceforum.org

<http://thecaravan.org/node/2017>: „Afrika ist nicht weit weg - Vereinigt gegen koloniales Unrecht“

The VOICE Refugee Forum Jena

Der rote Faden 2010: Beliebte Kinderlieder

Damit sie textsicher mit Kindern bei geläufigen Melodien mithalten können!

Alle Vögel sind schon da Musik traditionell (18. Jhd.), Text: Hoffmann von Fallersleben (1847)



1. Al - le Vö - gel sind schon da, al - le Vö - gel,



al - le! Welch ein Sin - gen, Mu - si - zieren,



Pfei - fen, Zwitschern, Ti - ri - liern! Früh - ling will nun



ein - mar - schiern, kommt mit Sang und Schal - le.

2. Wie sie alle lustig sind,
flink und froh sich regen!
Amsel, Drossel, Fink und Star
und die ganze Vogelschar
wünschen dir ein frohes Jahr,
lauter Heil und Segen.

3. Was sie uns verkünden nun,
nehmen wir zur Herzen:
alle wolln wir lustig sein,
lustig wie die Vögelein,
hier und dort, feldaus, feldein,
springen, tanzen scherzen.

Das Register

Wer macht was in Friedrichshain

Vorstellung von aktiven Gruppen

Wir sind eine Gruppe aus Musikern, Pädagogen, Tontechnikern, Studenten und Künstlern, die freie Räume bieten und Nischen schaffen für temporäre und dauerhafte Aktionen. Die Vielseitigkeit der Aktionen wie internationale Jugendbegegnungen, die Bereitstellung von Musikunterricht und offenen Sessions gibt Impulse für neue Synergien, die den Austausch auf lokaler und internationaler Ebene vertiefen. Uns geht es um konstruktive, SINNVolle angewandte Kreativität, die aus der natürlichen, organischen Neugierde des freien Individuums entspringt. Dieses zu fördern und einen Rahmen zu bieten für Kommunikation und Stärkung des Selbstbewußtseins ist unser Anliegen.

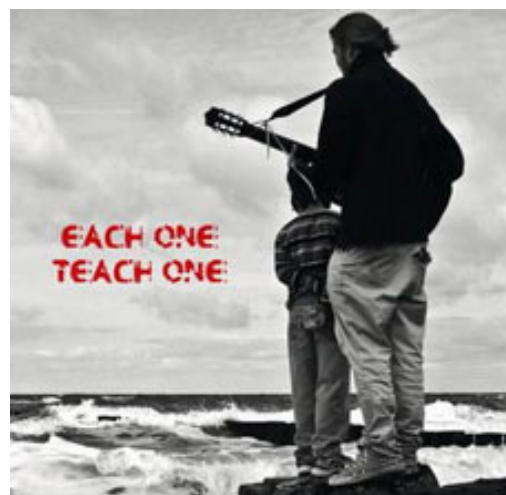
Wir organisieren Sessions, Workshops, Konzerte, Filmprojekte und andere Formen angewandter Kreativität in verschiedenen Einrichtungen (z. B. internationales Sommercamp „Meermachen“ - www.meermachen.de oder Freigeistfestival - www.freigeistmusic.org). Der Vereinssitz ist bis Ende Mai in der Strausberger Str. 38. Dort könnt ihr uns treffen mit uns jammen, mit euer Band proben oder hochwertige Aufnahmen machen. Unsere kommende Session findet am 01. März im Raw Tempel / Stenzerhalle statt. Stay Tuned!



TuneUp e.V. ist ein gemeinnütziger Verein zur Förderung von Kunst und Kultur.

Wir arbeiten u. a. auf folgenden Gebieten:

- Organisation von Interkulturellen Jugendbegegnungen auf Workshopbasis mit Partnern auf lokaler, überregionaler und internationaler Ebene
- Veranstaltungen offener JamSessions
- Vernetzung von nicht-kommerziellen Künstlern, Musikern und Bands
- Förderung von Nachwuchsbands
- Instrumentalunterricht, Bandcoaching
- Aufnahmemöglichkeiten in professionellem Tonstudio
- Netzwerkarbeiten im sozial-kulturellen Bereich



HundeDoc am Wismarplatz

Angebot für Tiere mittelloser Jugendlicher und junger Erwachsener, die überwiegend auf der Straße leben



„Selbst wenn mich alle verlassen, mein Hund bleibt bei mir. Er ist mein allerbesten Freund.“ - Cat, 15, über ihren Mischling

„Ich selber hungere oft, weil das erschnorrte Geld nur für Mollys Futter reicht.“ - Anke, 19, über ihren Schäferhund-Mix

„Wenn es meinem Hund schlecht geht, vergesse ich mein eigenes bescheidenes Leben.“ - Markus, 18

Cat, Anke und Markus sind drei von etwa 1.800 Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Berlin, die überwiegend auf der Straße leben. Ihre Tiere sind oft der einzige und letzte Halt in ihrem Leben, das häufig geprägt ist von Alkohol, Drogen und Gewalt. Die Öffentlichkeit nimmt diese Jugendlichen meist als störend wahr.

Das Projekt „HundeDoc“ gibt ihnen die Möglichkeit, ihr Liebstes in der mobilen Tierarztpraxis kostenlos grundmedizinisch versorgen zu lassen. Das ambulante Angebot im umgebauten Rettungswagen umfaßt Impfungen, anti-parasitäre Behandlung, Versorgung von Infektionen/ Wunden, Beratung und ggf. Kastration der Tiere.

Wichtigste Nebeneffekte: Gesundheit, Hygiene und Sozialverhalten von Tier UND Mensch werden verbessert.

Jeanette Klemmt ist nicht nur Tierärztin, sondern auch Seelsorgerin, kritische Be-

gleiterin und Bindeglied zu Kooperationspartnern. Damit ebnet sie den jungen Menschen den Weg zu professioneller Beratung für ihre persönlichen Belange. Für ihr Engagement wurde ihr im März 2006 die Verdienstmedaille des Bundesverdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Das Projekt „HundeDoc“ gibt es seit Anfang 2000. Es wird finanziert durch Europäischer Tier- und Naturschutz e. V., Allianz Kinderhilfsfonds Berlin / Leipzig e. V. und Spenden.

Das Angebot gibt es ausschließlich für Tiere mittelloser Jugendlicher und junger Erwachsener, die überwiegend auf der Straße leben und sich in sozialpädagogischer Betreuung befinden. Die Terminvergabe erfolgt zu den Standzeiten bei den kooperierenden Projekten der Sozialarbeit.

In Friedrichshain, über Karuna e. V., steht der Bus jeden Dienstag 16:00 - 18.30 Uhr auf dem Wismarplatz, 10245 Berlin.

Träger des Projekts ist die Stiftung SPI. www.stiftung-spi.de/hunde.doc

	9		8		3		4	
		4		9	2		1	3
							7	
					7			5
		2	6	3				
3	4				1		8	
		8			6			1
		6	5	1		7		9
			2		9			



Die gute Nachricht: Der Eigentümer unseres schnuckligen Anwesens hat vor dem Landgericht Berlin seine Räumungsklage verloren. Grund sind formale Fehler in der Kündigung der Mietverträge. Das bedeu-

tet, daß die aktuelle Kündigung nichtig ist und alles wieder von vorn losgeht.

Die schlechte Nachricht: Der Eigentümer hat mit der Klagebegründung gleich eine formal richtige Kündigung nachgeliefert. Der neue Kündigungstermin wurde aufgrund der geltenden gesetzlichen Fristen vom Gericht auf den 30.06.2010 für das Kulturcafé und 31.12.2010 für den Rest der Gewerbeflächen (Theater, Ateliers, Polnische Versager etc.) festgelegt.

Dank geht an alle Menschen und Bands die uns bis hier unterstützt haben!!!! Tausend Küsse....

Schokolade statt Einheitsbrei

<http://www.schokoladen-mitte.de/>

info@schokoladen-mitte.de

Das Unwort des Jahres 2009 war: "betriebsratsverseucht"

Das gab die unabhängige Jury unter Leitung des Sprachwissenschaftlers Horst Schlosser in Frankfurt bekannt. Die Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen "stört" viele Unternehmen, dies als "Seuche" zu bezeichnen, sei ein sprachlicher Tiefpunkt im Umgang mit Lohnabhängigen. In der ARD-Sendung "Monitor" im Mai 2009 berichtete ein Mitarbeiter einer Baumarktkette, daß die Bezeichnung "betriebsratsverseucht" von Abteilungsleitern verwendet werde, wenn ein Mitarbeiter von einer Filiale mit Betriebsrat in eine Filiale ohne Betriebsrat wechseln wolle. In der neuen Filiale könnte ihm vorgehalten werden, daß sein bisheriges Vertrauen in eine Arbeitnehmervertretung die Einstellung gefährde, so die Jury.

Toll, wie sich die Nation mit einem "Unwort" des Jahres beschäftigt. Allein auf google findet man dazu ca. 214.000 Einträge. Immerhin ist der Hintergrund des "Unwortes" bekannt, aber wer debatiert darüber?

Aber was ist ein „Unwort“ überhaupt?
(ungekürzt Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Unwort>)

<Der Begriff Unwort ist ein Schlagwort aus dem Bereich der Sprachkritik. Es wurde ge-

prägt durch die Gesellschaft für Deutsche Sprache, die das Wort des Jahres kürt und ein Unwort des Jahres publiziert. Die Aktion Unwort des Jahres definiert Unwort als Wörter und Formulierungen aus der öffentlichen Sprache, die „sachlich grob unangemessen sind und möglicherweise sogar die Menschenwürde verletzen“.

Das Unwort des Jahres wird seit 1994 jährlich von der Jury der sprachkritischen Aktion „Unwort des Jahres“ an der Universität Frankfurt/M bestimmt. Hierzu kann jeder Vorschläge einreichen. Bis 1994 wurde das es im Rahmen der Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) gewählt. Nach einem Konflikt mit dem Vorstand der GfdS machte sich die Jury als „Sprachkritische Aktion Unwort des Jahres“ selbständig.>

Wir schlagen als "Unwort" des Jahres 2010 das Wort „Unwort“ vor. Da gibt es bei google ca. 404.000 Einträge, wovon allerdings ein Großteil auf das Unwort 2009 zurückzuführen ist.

Das „Unwort“ als Unwort wäre doch einmal etwas ganz Neues und dürfte zum Nachdenken in der "verseuchten" Nation beitragen, oder?

Friedel Hain

Meldung eines Übergriffs an die Antifa vom 07.02.2010

„Um 7.30 Uhr Grünberger/ Warschauer Str. haben ca. 3 Nazis (1 bekleidet mit schwarzem Pulli mit Tribal hinten drauf) einen Menschen geschlagen, angebrüllt, gerteten und verletzt. Als ich die Grünberger lang ging, hörte ich immer wieder „100 Euro scheiß Kanacke“ und weitere Beschimpfungen wie Fotze, Ausländersau etc. Verhindern konnte ich den Übergriff nicht, jedoch mit ein paar anderen Menschen stoppen. Die Nazis verpißten sich. Der Betroffene versuchte ein Taxi anzuhalten, welches ihn aber nicht mitnahm, da er überall voller Blut war.

Schlimmstens fand ich die Kommentare der Gaffenden, wie: „wenn de hier so nen Aufstand machst, brauchst du dich nicht wundern, wenn mit dir so umgegangen wird“. Den Betroffenen habe ich dann zu seinem Arbeitsplatz begleitet und versucht ihn zu beruhigen, ihm angeboten, daß ich mit zum Arzt komme, was er nicht wollte. Es erscheint mir wichtig, euch darüber zu informieren, damit der Widerstand gegen rassistische/faschistische Übergriffe weiter ausgebaut werden kann.“

Bürgerkomitee Weberwiese mit neuer Website

Wie der Sprecher der Initiative, Günther Kunath, mitteilte, gibt es nunmehr eine neue Webadresse, deren Site sukzessive aufgebaut wird: www.pako-weberwiese.de

Lohn einklagen ohne Aufenthaltsstatus?

Der Arbeitskreis Undokumentierte Arbeit bei Verdi stellt sich vor. In Berlin und Brandenburg leben schätzungsweise 60.000 Menschen, denen der Zugang zu einem Aufenthaltsstatus verweigert wird. Viele von ihnen arbeiten in der Dienstleistungs- und Baubranche oder in privaten Haushalten für Löhne von 1 bis 2 Euro pro Stunde.

Entsprechend sind die daraus resultierenden Gewinnspannen auf der Arbeitgeber-Innenseite, zumal ArbeiterInnen mit ungesichertem Aufenthalt häufig um ihren Lohn betrogen und gezwungen werden, Bedingungen in Kauf zu nehmen, die dem geltenden Arbeitsrecht nicht im Geringsten standhalten. Wir beraten und begleiten Menschen ohne Papiere beim Kampf um ihre Rechte und engagieren uns in politischen Netzwerken für deren Durchsetzung. Am 9. März stellen wir unsere Arbeit vor und informieren über Wege der der Aushandlung von laufenden Arbeitsverhältnissen und über rechtliche Schritte. Zwei Anwälte, die unsere Beratungsarbeit begleiten, werden zu juristischen Fragen sprechen, die häufig an uns herangetragen werden.

Ort / Zeit: 09.03. / 19.00 Oranienstr. 159 in den Räumen der Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und MigrantInnen (KuB).

*AK undokumentierte Arbeit
konsumfuerfreiesfluten@yahoo.com
www.chipkartenini.squat.net*

Neu gegründeter CHOR in Friedrichshain sucht

noch SängerInnen, insbesondere Männerstimmen. Chor Erfahrung ist wünschenswert, aber nicht Bedingung. Wir sind derzeit ca. 15 Frauen und Männer zwischen 25 und 50 Jahren. Geplant ist eine Chorgröße von 20-25 SängerInnen. Unser Repertoire umfaßt verschiedene musikalische Stile und Sprachen.

Proben jeden Do. 20:15-21:45 Uhr. Bei Interesse melde Dich: chorprojekt@gmx.de

Forderungskatalog für Grünen Mietenkongreß am 13.03.2010 von UBI KLIZ / Mieterladen (Inhalt stark gekürzt)

Seit 20 Jahren sind wir in der Mietrechts- und Mieterberatung aktiv und müssen feststellen, daß sich die Situation für MieterInnen, vor allem mit geringem Einkommen, weiterhin verschlechtert. Zum einen liegt das an einer weitestgehend unkonkreten und die MieterInnen benachteiligenden Gesetzgebung (obwohl vor dem Gesetz eine Gleichstellung von Vermieter und Mieter deklariert wird). Zum anderen werden durch die Rechtsprechung im Rahmen dieser Gesetzgebung positive Errungenschaften der letzten Jahre außer Kraft gesetzt (z.B. Überprüfung von Betriebskostenabrechnungen).

Im Interesse des Entstehens/ Wiederauflebens eines sozialen Wohnungsmarktes in Berlin und im bundesweiten Kontext stellen wir folgende Forderungen auf:

Mietpreisbindung

- bei Neuvermietung Miethöhe maximal bis Höchstgrenze oberer Mietspiegelwert
- Belegung aller Mietspiegelfelder, unabhängig von der Anzahl der vorhandenen Wohnungen
- Mieterhöhung um 20% der Nettokaltmiete innerhalb von 3 Jahren ersetzen durch jährlichen Anpassung ausschließlich an Inflationsrate
- Nach Modernisierung entfällt die Umlage (11% der Kosten auf Jahresmiete) nach 11 Jahren, da alle Kosten in dieser Zeit von MieterInnen erbracht wurden, Modernisierungsumlage darf nicht Bestandteil der Grundmiete, als Ausgangswert für folgende Mieterhöhungen, werden (bisher nach 3 – 4 Jahren üblich)

Kommunale Wohnungsbaugesellschaften

- starker kommunaler Wohnungsmarkt hat Regulierungsfunktion für Gesamtmarkt
- Ausschluß weiterer Privatisierungen
- Umgestaltung aktueller Organisationsfor-

men im Sinne einer weitreichenden Transparenz für das Einzelmitglied und im Sinne einer direkten Zugriffsmöglichkeit für die Kommune auf Entscheidungen der Geschäftsführung/ des Aufsichtsrates, Mitbestimmungsrecht für Mieterbeiräte durchgesetzt

- kostendeckendes Wirtschaftens ohne Profitorientierung, Überschüsse vorrangig für Instandhaltung/ Modernisierung, ggf. Wohnungsneubau

Grundversorgung / Lebensadern

- 100%ige Rekommunalisierung öffentlicher Versorgungsunternehmen (Wasser/ Gas/ Öl/ Strom/ Müllentsorgung - Recycling)
- Gewinne vorrangig in Instandhaltung/ Ausbau vorhandener Anlagen oder in Infrastruktur einer sozialen/ ökologischen Stadt investieren (Radwege)
- erhebliche Kostenreduzierung wegen Wegfall zu finanzierender Aktionären / keine Steuern auf Betriebe der öffentlichen Grundversorgung
- VermieterInnen verpflichten, das optimale Verhältnis von Kosten/ Leistung einzuhalten (Gesetzliche Festlegung vorhanden, Umsetzung und jeweilige Nachweiserbringung sowohl für die MieterInnen als auch VermieterInnen gestalten schwierig)
- Betriebskosten sollten maximal 20% über den ausgeschriebenen Mittelwert (Mietspiegel) liegen
- Contracting (z.B. Wärmecontracting) sollten auch bei Neuabschlüssen von Mietverträgen nicht möglich sein (Transparenz/ Prüfung der Preisgestaltung ist für die MieterInnen ausgeschlossen)

Darüber hinaus: generelle Stärkung der unterschiedlichen Mieterberatungsstellen in finanzieller/ organisatorischer Hinsicht.